

Kiezkasse

Im Bezirk gibt es seit 2010 die Debatte über den so genannten Bürgerhaushalt. Eigentlich geht es um Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung und Kontrolle des Bezirkshaushalts. Politik, Verwaltung und Engagierte aus der Bürgerschaft waren mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Trotz Verständigung von Vertretern der Bezirksverwaltung mit Akteuren aus Vereinen und Initiativen über Ziel und Inhalt eines „Bürgerbeteiligungshaushalts“ sowie die Unterstützung von Bezirksverordneten gelang es nicht, einen umfassenden Diskussionsprozess über Mitbestimmung und kommunalpolitische Fragen zu entwickeln. Hauptsächlich waren es Fragen, die in den einzelnen Ortsteilen diskutiert bzw. dort entschieden werden sollten. Dazu fehlten im Bezirksamt die personellen und sachkundigen Voraussetzungen (zu beachten sind dabei die unterschiedlich historisch gewachsenen 15 Ortsteile und die 20 Bezirksregionen nach den Bestimmungen zur Sozialraumorientierung als Grundlage der integrierten Stadtteilentwicklung Berlins.).



Erste Kiezkassenversammlung am 20. Februar 2013

Nach Schaffung der erforderlichen Struktur in der Verwaltung – *Sozialraumorientierte Planungscoordination (SPK)* – fasste die BVV im Juni und November 2012 die erforderlichen Beschlüsse zur Einführung der Kiezkasse. Diese ersetzt nicht einen Bürgerbeteiligungshaushalt, dessen Einführung aus unserer Sicht wünschenswert ist. Beschlossen wurden Grundsätze des Verfahrens, Höhe der Haushaltsmittel und die Paten. Paten sind Bezirksverordnete, die in den Bezirksregionen den Akteuren vor Ort bei der Einführung der Kiezkasse helfen sollen (detaillierte Infos unter: <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/bvv/kiezkasse/kiezkassen.php>).

Unsere Bürgerinitiative, die durch einen Vertreter im Sozialen Arbeitskreis und in der Interessenvertretung Treptow-Köpenicker Bürgervereine und –initiativen (IG) mitwirkte, unterstützte dieses Verfahren in unserem Auftrag. Die IG wertet die Einführung der Kiezkasse als ein Element bürgerschaftlichen Engagements. Da es um den Einsatz der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel ausschließlich für den Ortsteil geht, sehen auch wir in Plänterwald dieses als einen Schritt in die richtige Richtung an.

Durch den Einsatz von Paten für die Bezirksregion ist etwas Neues entstanden. Die Bezirkspolitik geht auf die Bürger zu und das von Parteien unabhängig. In Bürgerversammlungen entscheiden die Bürger über die Verwendung der Mittel. Zugegeben, die zur Verfügung gestellte Summe ist

noch gering (0,20 Euro pro Einwohner), für den Haushaltsplan 2014 sollte diese Summe jedoch erhöht werden. Wir setzen uns dafür und für eine



breitere Beteiligung der Bürgerschaft ein.

Die Bürgerfragestunden und die Teilnahme an den Sitzungen des zuständigen Ausschusses der BVV wurden von uns genutzt, um eine gründliche öffentliche Auswertung der Arbeit mit den Kiezkassen anzuregen. Das sollte mit Blick auf die Mitwirkung der Bürgerschaft geschehen. Es könnte eine stabile Zusammenarbeit unserer Initiativen mit Bezirksverordneten und der SPK entstehen.

Für das laufende Haushaltsjahr sind die Beschlüsse in den Bürgerversammlungen gefasst. Dabei ging es in der Bürgerversammlung um eine öffentliche Ehrung für Ruth Werner, Mittel für den Tag des Plänterwaldes, einen Schaukasten für die Öffentlichkeitsarbeit im Wohngebiet, um eine Publikation, die das Landschaftsschutzgebiet und die Identifikation der Bürger mit ihrem Kiez befördern soll (also um genau die Broschüre, die sie jetzt lesen) sowie um eine Befahrssperre am Ärztehaus Galileistraße zum Schutz der Grünfläche.

Auch bei der mit den Ämtern durchzuführenden Realisierung wird man Leihgeld zahlen müssen. Der Schaukasten im Dammweg wird z.B. immer aktuell zu halten sein und um Nachfolgekosten müssen sich die Bürger erst mal selber kümmern.

Für 2014 hoffen wir als Bürgerinitiative auf mehr Mitwirkung der Bürgerschaft bei der Planung von Vorhaben und ihrer Umsetzung, einen höheren Betrag für die Kiezkasse und eine bessere Realisierung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern.

Erhard Reddig